

Gemeinsam verschieden sein



3. Newsletter Integration Innosozial gGmbH | September 2018

„Integration braucht eine Willkommenskultur, die Geduld, sich einlassen und Unterstützung signalisiert, aber es ist keine lebenslange Serviceleistung. Mitmachen, sich einfinden und auch anpassen gehört als die andere Seite des Willkommens dazu.“

1. Standpunkte

Chemnitz – Ursachen erkennen - mehr für Demokratie und Integration tun

Vernachlässigte Antirassismus-Politik trägt „Früchte“

Wenn, wie in Chemnitz, aber auch schon früher in Freital und anderen Städten bis zurück zum ersten dieser Gewaltexzesse in Rostock-Lichtenhagen im Jahr 1991, Nazis und andere rechte Gewalttäter auf ein Zuschauen oder sogar ein Mitmachen der „normalen Bevölkerung“ setzen können – und das in zunehmender Zahl – dann ist das gefährlich für die Demokratie. Zudem verweist das auf die Ignoranz der Politik über Jahrzehnte. Statt frühzeitig zu Beginn der 90-iger eine konsequente Antirassismus-Politik zu verfolgen, eine Werte- und Demokratie-Debatte (wie jetzt richtigerweise bei den Flüchtlingen) zu führen und genügend Geld dafür auszugeben, hat die Politik ignoriert und verdrängt.

Die Sachsen und auch andere Deutsche sind offensichtlich nicht immun gegen Rechtsradikalismus und nicht alle haben aus der Nazigeschichte gelernt, wie der ehemalige Ministerpräsident Biedenkopf bis heute schwadroniert. Andererseits haben Rechte diverse Netzwerke gebildet und Methoden entwickelt, um die Bevölkerung anzustacheln und „für sich“ als Mitdemonstranten zu gewinnen. Und die Politik? Sie hatte kein Problem, die Linke oder Teile davon vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen, obwohl diese zu keiner Zeit die Demokratie und den Rechtsstaat so offen und gefährlich in Frage gestellt haben wie das heute Teile der AfD tun. Woher kommt das unverständliche Zögern? Ist die Politik immer noch „auf dem rechten Auge blind?“ Rechter Gewalt in Sprache und Taten müssen wir in Diskussionen und mit Aktionen klarer entgegentreten. Dazu braucht es Bündnisse und Argumente um Rechte zu entlarven und Verunsicherte zu überzeugen und zu gewinnen.

Gewaltreduzierende Faktoren erkennen und handeln

Erkennbar ist es den Rechten gelungen, Ängste, Empörung und Erschrecken über häufiger auftretende Gewaltdelikte von Flüchtlingen so zu emotionalisieren, dass

zunehmend mehr Bürger*innen bis in die Mitte der Gesellschaft keine moralische Sperre mehr haben, mit ihnen gemeinsam zu demonstrieren oder ihnen zuzustimmen. So sehr die Rechten auch Tötungs- oder Sexualdelikte zu verallgemeinern suchen, diskriminieren und eskalieren („arabische Messermänner“, „Vergewaltigerhorden fallen ein“ etc.)“so kommt es doch bei Geflüchteten zu einer deutlich höheren Zahl an Gewaltkriminalität als beim Rest der Bevölkerung. Bei 2 % Bevölkerungsanteil haben sie bei Vergewaltigungen und sexueller Nötigung aber auch Mord und Totschlag bzw. Versuchen einen Anteil von 10 % und mehr. Das muss man diskutieren, Gründe benennen und dem entgegenwirken.

[Bewertungen Bundeskriminalamt und Studie vom bekannten Kriminologen Christian Pfeiffer finden Sie hier](#)

In deren Bewertung wird richtigerweise benannt, dass unter Flüchtlingen die Zahl junger Männer - bei denen auch Deutsche mehr Straftaten begehen - stark überrepräsentiert sind, dass Frauen als deeskalierende Faktoren fehlen, dass Gewalttaten von Ausländern deutlich häufiger angezeigt werden als bei Einheimischen und dass fehlende Zukunftsperspektiven und Massenunterkünfte oder prekäre soziale Verhältnisse überall kriminalitätsfördernd sind. Aber so richtig das alles ist, so gibt es durch diese Erkenntnisse erst einmal keine Tat weniger.

Also müssen wir nach den Risikofaktoren fragen und Maßnahmen ergreifen, die gewaltreduzierend wirken können.

Probleme wahrnehmen, bearbeiten und nicht den Rechten überlassen

Mehr als andere Migranten haben Flüchtlinge allerdings einen Realitätsschock zu verdauen. Zu Anfang hat das Gefühl der Sicherheit, die empfundene Dankbarkeit – gerade bei der überragenden Willkommenskultur - und die Hoffnung auf ein gutes Leben mit Arbeit, Auto, Wohnung und nachzuholenden Familienangehörigen, stabilisiert und psychische Belastungen bis hin zu Traumata vielfach kompensiert. Je mehr die Hoffnungen schwinden, sei es die Bedrohung durch Abschiebung, der oft aussichtslose Familiennachzug oder die nicht erfüllten Wohlstandshoffnungen, umso mehr schwinden die stabilisierenden Faktoren. Dazu hält der Erwartungsdruck aus dem Herkunftsland auf Familiennachzug oder zu schickendes Geld an. Gerade bei Männern wird jeder Konflikt leicht zu einer Frage der Ehre, wo reale oder empfundene Zurückweisung, Erniedrigung oder Kontrollverlust traditionelle Muster der Konfliktlösung aufbrechen lassen. Und dann ist Gewalt gegen sich selbst oder andere häufiger das letzte Mittel.

Zwei problematische Faktoren, die viele Flüchtlinge aus ihren Herkunftskulturen mitbringen, sind das dort gelebte Verhältnis von Männern zu Frauen und eine andere Erfahrung mit Gewalt. Nicht nur, dass sie aus Krieg, Verfolgung und Unterdrückung Traumata mitbringen, die destabilisierend und im Zweifelsfall auch gewaltfördernd wirken. Gewalt ist in vielen Herkunftskulturen ein durchaus akzeptiertes und als erfolgreich erlebtes Instrument zur Durchsetzung eigener Interessen - der Interessen von Familien, Clans und in Stammeskonflikten. Frauen haben in aller Regel eine untergeordnete Stellung. Akzeptiert durch Kultur, Religion und Tradition sehen Männer sich im Recht auf Kontrolle und Durchsetzung ihrer sexuellen Befriedigung in ihren Beziehungen. Bei Verweigerung sind sie allzu leicht in ihrer Ehre gekränkt bzw. fühlen sich in unakzeptabler Weise zurückgesetzt.

Viel zu wenig wird für eine umfassende und langfristige Flüchtlingsintegration getan, weil die Risiken und Probleme unterschätzt werden. Sprache, Bildung, Arbeit und Wohnen sind natürlich wie bei allen Zuwanderergruppen wichtig für die Integration. Und da muss sich einiges verbessern, wie eine aktuelle Studie zeigt (siehe unter Fachdebatte).

Was tun?

Mehr Realitätssinn, Unterstützung und soziale Sicherheit für alle

Die Kluft zwischen Realität und Erwartungen oder Wünschen muss reduziert werden und zwar auf allen Seiten. Flüchtlinge sind in ihrer Mehrheit zunächst keine Bereicherung und schon gar kein Geschenk, wie einige „Willkommenskultur-Besoffene“ suggerierten, sondern es sind Menschen, die mit Belastungen und Hemmnissen einen großen Schritt zwischen oft vollkommen unterschiedlichen Kulturen und gesellschaftlichen Verhältnissen schaffen müssen. Mit ihrer Entwurzelung aus dem alten Leben entstehen leicht Gefühle von Entfremdung, Einsamkeit und Leere. Diese werden zudem durch die Erwartungen des Aufnahmelandes, sich an geltende Rollen und Verhaltensstandards anzupassen, verstärkt.

Wenn sie dabei keine umfassenden Hilfen, eine engmaschige Betreuung ihrer Traumata, ihrer psychischen Belastungen, Verlustängste und vielem mehr erhalten, dann gelingt Stabilisierung und Teilhabe nicht.

Wenn sie nicht weit mehr als das, was ein Integrationskurs leistet, über Werte und die Funktionsweise des Systems von Demokratie und gesellschaftlichen Strukturen lernen, um sich darin selbständig zu bewegen und zu behaupten, dann sind Ohnmacht und Rückzug in bekannte Strukturen und Verhaltensweisen aus der Tradition, Kultur und Religion die Folge - oft mit (Selbst-)Ausgrenzung verbunden.

Damit Integration wirklich gelingt, müssen Beratung, Betreuung und Therapie langfristig angeboten und Inklusion in Freizeitangebote und Engagement vor Ort mehr unterstützt werden. So entstehen stabile soziale Beziehungen als der Kitt, der Integration fördert. Ohne klare Forderungen zu notwendigen Anpassungen und nicht akzeptierten Verhaltensweisen gelingt das aber auch nicht.

Wenn so viel Geld in Integration sinnvoll investiert wird, dann muss erkennbar auch die Normal- oder Mehrheitsbevölkerung in ihren Ängsten und der empfundenen Vernachlässigung und mangelnden Wertschätzung anders behandelt werden. Denn es ist nur schwer verstehbar, dass „den Neuen“ der Schritt zu Teilhabe mit viel Engagement ermöglicht wird und lange im Argen liegende Alltagsprobleme von der bezahlbaren Wohnung, der gesicherten Beschäftigung, einer angemessenen Infrastruktur mit Bus, Arzt, Geschäft und Kneipe nicht mehr gelingen. Das und marode Schulen und schlechte Renten oder Pflegenotstand führen erst zu Haltungen wie „Integriert erst einmal uns“.

[Fazit: Mehr soziale Gerechtigkeit und Empathie hilft auch gegen rechts](#)
[Leseprobe aus dem Buch „Islam 2030 - Zukunft gemeinsam gestalten von Dietmar Zöller ab Punkt 9.6 ff.](#)

2. Wer macht was? Vorstellung von Projekten

Die Integration von Flüchtlingen

Sie braucht schnelle, umfassende und langfristige Unterstützung, die von Innosozial und vielen anderen Akteuren geleistet, aber oft nicht langfristig finanziert werden. Und das kann sich später rächen.

Einige Beispiele:

Psychosoziales Traumazentrum

Viele Flüchtlinge haben ein Trauma aus Krieg, Vertreibung und Flucht mitgebracht, das sie nicht ohne professionelle Hilfe bewältigen können. Wird diese Hilfe nicht gewährt, sind die Chancen auf ein selbständiges Leben und eine gute Integration deutlich erschwert.

Mit zwei Psychologinnen und einer Sozialpädagogin - jeweils in Teilzeit - mit Zusatzausbildung in der Trauma-Arbeit hat Innosozial innerhalb von 18 Monaten über 150 Flüchtlinge aus allen Städten und Gemeinden des Kreises Warendorf und aus der Stadt Hamm therapeutisch begleitet, von denen etwa 60 die Behandlung abgeschlossen haben. Mit einer Frauengruppe, mehreren Kindergruppen und einer

Gruppe für junge Männer werden weitere Menschen unterstützt. Mit Fortbildungsangeboten werden Tageseinrichtungen und Schulen für das Thema, das Erkennen und den Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen, weitergebildet.

„Wie funktioniert Deutschland“

richtet sich an Menschen mit Fluchterfahrung unabhängig von ihrem politischen Status in Deutschland. Ziel des Innosozial-Projektes ist es, den Geflüchteten das Ankommen in Deutschland zu erleichtern. Dank der Maßnahme werden Geflüchtete über ihre Rechte und Pflichten in Deutschland informiert, sie setzen sich mit neuen Verhaltensnormen sowie mit der neuen sozialen und politischen Ordnung auseinander. Die Zugewanderten werden im Laufe des Projektes mit den in Deutschland geltenden Werten und Weltanschauungen sowie dem hiesigen Demokratieverständnis konfrontiert, die sie erst verstehen müssen und dann in Aushandlungs- und Auseinandersetzungsprozessen verinnerlichen können.

Das Projekt besteht aus 6 Modulen: (1) Staat und Gesellschaft, (2) Staat und Religion, (3) Emanzipation und Gleichberechtigung von Männern und Frauen, (4) Gesundheitssystem, (5) Freizeit, Sport und Kultur sowie (6) Schule, Weiterbildung und Arbeitsmarkt.

Die Module sind sehr praktisch ausgerichtet (es existiert eine Kooperation mit mehr als 20 lokalen Einrichtungen und Organisationen, die besucht werden).

Nach mehr als zwei Jahren Erfahrung können wir feststellen, dass die meisten Geflüchteten sehr wissbegierig und neugierig auf die deutsche Kultur und das Leben in Deutschland sind. Wenn wir die Geflüchteten nach Ihren Wünschen fragen, ist die zweithäufigste Antwort nach Sicherheit: „Wir wünschen uns mehr Kontakt mit der deutschen Bevölkerung, wir möchten ein Teil der Gesellschaft werden.“

Soziale Beratung für Flüchtlinge in der Region Beckum und Oelde

Der syrisch stämmige Robar Ibish ist Mitarbeiter bei der Innosozial und (wie das Bürgerzentrum Ahlen und die Caritas) in der sozialen Beratung seit Juli 2017 tätig. Er beschreibt seine Tätigkeit so:

„Ich rede und erkläre immer aus meiner eigenen Erfahrung, weil ich auch ein Flüchtling bin, und natürlich rede ich von der Erfahrung der Flüchtlinge und was sie genau benötigen. Ich finde, dass die Überwindung der Sprachbarriere sehr wichtig ist, damit wir die sozialen und kulturellen Missverständnisse in der Gesellschaft vermeiden können. Mein Ziel ist die Erklärung der Grundregeln des Asylrechts in der Muttersprache (Kurdisch und Arabisch als die Hauptsprachen der Flüchtlinge) durch Workshops oder Mini-Vorträge, sowie der Grundlagen der deutschen Rechtsordnung, Grundprinzipien des deutschen Zivil- und Strafrechts.“

3. Fachdebatte – Was sagen, schreiben und machen andere?

Nur 65-mal Familiennachzug

„Dass der Familiennachzug monatlich nur 1.000 Personen gewährt wird, ist schon kleinherzig“, erklärt Diakonie-Präsident Ulrich Lilie. „Dass aber im ersten Monat der Neuregelung nur 65 Anträge genehmigt wurden, ist ein Armutszeugnis für unser Land und seine Behörden“, ergänzte er. Er forderte dazu auf, die Anstrengungen zu erhöhen, um das Kontingent zu erfüllen. (Quelle: epd/mig)

Integrationsbarometer 2018 – Stabiles Klima in der Integrationsrepublik

So übertitelt der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen das neue, alle 2 Jahre präsentierte Integrationsbarometer (9.000 Telefonbefragungen). Eine Mehrheit der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund befürworten weiterhin die Aufnahme von Flüchtlingen, sind aber für eine Begrenzung. Deutlich skeptischer als alle anderen Gruppen sind die Spätaussiedler, die sowohl bei der Flüchtlingsaufnahme in der Mehrheit dagegen sind und auch bei der Bedrohung unseres Wohlstandes und zunehmender Kriminalität zu fast 2/3 Befürchtungen haben, während nur 28 % der

Mehrheitsbevölkerung eine Bedrohung sehen und die anderen dazwischen liegen. Mit der Unterbringung und Verteilung und der Arbeit der Kommunen ist die große Mehrheit zufrieden, außer in den Stadtstaaten. Ebenso sieht eine Mehrheit, dass in Deutschland prinzipiell alle erfolgreich sein können, aber - leicht unterschiedlich nach Herkunft - sehen zwei Drittel die soziale Herkunft als wichtigen Faktor bzw. mögliche Einschränkung an. So wird auch der Bildungsbereich kritischer gesehen als Arbeitsmarkt, Nachbarschaft und soziale Beziehungen.

Als Fazit nennen die Sachverständigen, dass die Alltagserfahrungen im Zusammenleben deutlich besser sind, als es die Debatte vermuten lässt. Und je mehr Kontakte untereinander, umso besser das Klima – was zum Beispiel die deutlich schlechteren Werte für Ostdeutschland erklärt.

Ob man allerdings das Klima als wirklich stabil bezeichnen kann, wenn doch auch große Teile der Bevölkerung skeptisch oder ablehnend sind - wobei die aktuellen Verwerfungen dieses Jahres noch nicht berücksichtigt sind - kann doch bezweifelt werden. Schönreden bewirkt nichts und positiv stabil heißt doch, dass die überwiegende Mehrheit positiv eingestellt ist und nicht nur eine knappe Mehrheit. Und da muss insbesondere in der Begegnung und gemeinsamer Freizeit oder Engagement mehr getan werden.

[Die Zusammenfassung und den Bericht des Sachverständigenrates lesen Sie hier ...](#)

Diskriminierungsrisiken und Diskriminierungsschutz

Eine Praxisstudie im Rahmen des „Demokratie-leben“- Modellprojektes Kompass F des Paritätischen NRW hat Fachkräfte und Geflüchtete in NRW befragt und die Diskriminierungen in den Bereichen Wohnen, Arbeit, Behörden, Freizeit und Bildung erfasst und sieht viele Verbesserungsmöglichkeiten. Vor allem der Zugang zu Wohnen und der Bereich Ämter und Behörden werden als besonders diskriminierend benannt. Zentrale Unterbringungen und das Verbleiben in segregierenden (benachteiligenden) Strukturen müssen abgestellt werden.

[Mehr über das Projekt erfahren Sie hier ...](#)

Der Arbeitskreis Patenschaften in Ahlen

Hier kooperieren die Stadt Ahlen, der Caritasverband Ahlen, der Förderverein für Flüchtlinge Ahlen und die Innosozial gGmbH, um die Vermittlung von Patenschaften und so das Zusammenbringen der Kulturen und unterschiedlichen Menschen zu fördern. Dies ist in der Arbeit mit Geflüchteten genauso wichtig wie Sprachkurse oder Wertevermittlung. Nach 3 Jahren besteht der Bedarf auch weiterhin - und dieses Angebot will verhindern, dass Parallelgesellschaften entstehen.

4. Infos und Termine

Termine des Fördervereins für Flüchtlinge Ahlen e. V.:

- Samstag, 13.10.18 um 14:00 Uhr: „Comics“ im CinemAhlen für alle Geflüchteten. Der Eintritt ist frei.
- Sonntag, 14.10.18 von 15:00 bis 17:00 Uhr: Spieletreff zum Kennenlernen (mit Kaffee und Kuchen) im „Café International“, Pauluszentrum, Raiffeisenstr. 3 in Ahlen.

Der nächste Newsletter erscheint voraussichtlich im Oktober 2018.

Abmeldung

Sie möchten den „Newsletter Integration“ von der Innosozial gGmbH nicht mehr erhalten? Dann senden Sie bitte eine E-Mail an diese Adresse info@innosozial.de

Impressum

Innosozial gGmbH
Zeppelinstr. 63 | 59229 Ahlen

Telefon: 02382 7099-0 | Fax: 02382 7099-29
E-Mail: info@innosozial.de

Geschäftsführer Dietmar Zöller
Sitz Ahlen | Amtsgericht Münster HRB 8160
Verantwortlich für den Inhalt (gemäß § 55 Abs. 2 RStV): Dietmar Zöller
Redaktion: Dietmar Zöller, Agnieszka Bednorz und Robar Ibish
Logo-/Fotonachweis: Innosozial gGmbH / Fotolia: Photographee.eu
(Foto-ID:#87764015)

Haftungsnachweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

<http://www.innosozial.de>

